

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 88

9. Mai 1985

**Katrin Fuchs** MdB warnt vor gefährlichen Konsequenzen einer SDI-Beteiligung. Seite 1

**Erwin Horn** MdB plädiert für die Einbringung deutscher Interessen in das Atlantische Bündnis. Seite 3

**Roland Röscheisen**, Juso-Bundessekretariat, stellt die Etappen der Nicaragua-Politik der Regierung Reagan vor: Die Menschen in diesem Land müssen immer mehr leiden. Seite 5

Sie wollen immer noch an den atomaren Abzugshebel

SDI bietet den Einstieg zu einer Nuklearrüstung mit Bonner Beteiligung

Von Katrin Fuchs MdB  
Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Von den SDI-Befürwortern - auch bei uns - wird die Raketenabwehr gern als die Jahrhundertwende hinein in die lichte Zukunft eines postnuklearen Zeitalters verklärt. In Wirklichkeit gibt es aber einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen Raketenabwehr- und Anti-Satelliten-Systemen einerseits und den Atomwaffen andererseits. Dieser Zusammenhang wird in der Diskussion bei uns häufig übersehen oder auch ausgeklammert. Aber: Strategische Offensiv- und Defensivwaffen sind zwei eng miteinander verzahnte, wechselseitig gegeneinander wirkende Teilaspekte ein- und desselben Gesamtzusammenhangs. Der Kern dieses Gesamtzusammenhangs sind und bleiben die Atomwaffen.

So gibt es Anzeichen dafür, daß sich führende Kräfte in der Regierungskoalition von einem Einstieg der Bundesrepublik in SDI den Einstieg in den Gesamtzusammenhang nuklearstrategischer Rüstung erhoffen. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang ausführlicher die FAZ zu zitieren, die diese Zielsetzung mit bemerkenswertem Geschick, jedoch unübersehbar offen angesprochen hat. Robert Held schrieb in der FAZ am 19. Februar dieses Jahres: "Bilateralismus ist für die beiden (gemeint sind USA und UdSSR) verführerisch: Daß der Verbreitung der Atomwaffengeheimnisse viel straffer Einhalt geboten wurde, als noch vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten, haben ohne viel Aufhebens die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bewirkt. Aber dem Rest der Welt muß dieses Duopol der Großen, angesichts ihrer Gegnerschaft, selbst als notwendiger Behelf zur Friedenserhaltung noch absurd und unheimlich erscheinen, wie auch die Einteilung der Staaten in eine nukleare Klassengesellschaft."

Eine Denuklearisierung des Weltraumes wäre ein erster Schritt, von diesem Zwang zur Ungleichheit hinwegzuführen, der so oder so nicht von Dauer sein kann...

Hier liegt auch die Chance der Bundesrepublik, die in der atomaren Klassenordnung nur viertrangig ist und sein will, auf einer höheren Ebene als bisher in der Verteidigungs- und Friedenspolitik mitzuwirken." Die FAZ füllt hier die Rolle eines vorausschauenden, gedanklich weiterführenden Stichwortgebers aus.

Dieselben politischen Kräfte, die im vergangenen Jahr die "Teilhabe" der Bundesrepublik an Atomwaffen gefordert haben, sind heute die eifrigsten Verfechter eines bundesdeutschen Einstiegs in SDI. Strauß und Dregger forderten - ebenfalls in der FAZ am 23. April 1985 - eine "Europäische Verteidigungsinitiative", die von den NATO-Staaten Europas in Ergänzung zu SDI eigenständig ausgearbeitet werden soll.

Was liegt auf lange Sicht näher als der Gedanke, eine "Europäische Strategische Verteidigungsinitiative" durch eine "europäische Nuklearstreitmacht" zu ergänzen?

Eine Umrüstung der bereits zulaufenden Patriot-Rakete auf ATM-Fähigkeiten, die im US-Kongreß schon seit 1980 diskutiert wird, könnte der erste Baustein für derartige Pläne sein. Die Folgen einer solchen Entwicklung wären für die Bundesrepublik, Europa und die ganze Welt von einer heute noch kaum einzuschätzenden, kaum übersehbaren Tragweite und Bedeutung.

Da eine "europäische strategische Verteidigungsinitiative" nur zusammen mit Frankreich denkbar ist, würde der Druck auf Frankreich steigen, die Bundesrepublik in einem ersten Schritt zumindest an der atomaren Zielplanung zu beteiligen. Dregger hat das bereits deutlich gefordert. In seinem kürzlich erschienen Buch "Der Preis der Freiheit" beklagt er die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht an der französischen Nuklearzielplanung beteiligt ist und fordert eine "Revision der herkömmlichen französischen Politik und Strategie". Das programmiert weitere Konflikte mit der französischen Regierung vor.

Dregger schreibt weiter: "Je deutlicher die Eigenständigkeit Europas ausgeprägt sein soll, umso zwingender notwendig ist diese Revision." Mit dieser Revision wären jene in der Bundesrepublik, die schon immer Atomwaffen wollten, einen bedeutenden Schritt weiter. Die Realisierung einer "europäischen strategischen Verteidigungsinitiative" würde ihnen dafür einen mächtigen politischen Hebel in die Hand geben. Patriot-Raketen, die zum Objektschutz von Pershing II eingesetzt würden - und das war der Inhalt der Diskussion im US-Kongreß - würden die Drohung mit einem präventiven Nuklearschlag gegen die UdSSR aufs deutlichste unterstreichen.

Die Konsequenz aus einer solchen Teilhabe der Bundesrepublik am nuklearstrategischen Kontext wäre eine deutlich zunehmende Atomkriegsgefahr. Es wäre fast zwingend, daß die UdSSR eine Kombination von weitreichenden Atomwaffen in der Bundesrepublik und einer europäischen strategischen Verteidigung als eine derart bedrohliche Lage wahrnehmen würden, wie sie 1941 schon einmal bestanden hat. Und natürlich würde dann die Bundesrepublik ganz oben auf der sowjetischen Zielliste stehen.

Für einen neuen Anlauf der Entspannungspolitik, für eine Politik der Sicherheitspartnerschaft mit dem Ziel, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, wäre dies alles auf sehr lange Sicht das endgültige Aus. Wir Sozialdemokraten können also nicht frühzeitig genug den skizzierten Zusammenhang offenlegen, seine Gefahren darstellen und vor den Folgen warnen. (-/9.5.1985/ks/rs)

+ + +



**30 Jahre NATO: Souveränität und Partnerschaft****Wir Deutsche müssen unsere Interessen ins Bündnis einbringen**

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem der Deutsche Bundestag am 27. Februar 1955 den "Pariser Verträgen" in 3. Lesung zugestimmt hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 bedingt souverän. Bereits vier Tage später, zehn Jahre nach der Befreiung vom Nazi-Regime und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands trat die Bundesrepublik als 15. Mitglied der NATO bei und verpflichtete sich, eigene Truppen aufzustellen: Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland wurde zur Geburtsstunde der Bundeswehr.

Die SPD hatte am 27. Februar 1955 geschlossen gegen die Verträge gestimmt; für sie war diese Politik gleichbedeutend mit dem Ende jeder Wiedervereinigungspolitik, da sich ihrer Meinung nach militärische Westintegration und Wiedervereinigung gegenseitig ausschlossen. Bundeskanzler Adenauer sah das anders und erklärte am 11. Mai 1955 seine gegenteilige Überzeugung: "Wir sitzen nun im stärksten Bündnis der Geschichte. Es wird uns die Wiedervereinigung bringen."

Bundeskanzler Kohl, der sich gern als Konrad Adenauers politischer Enkel sieht, muß an die Problematik dieser Einschätzung erinnert werden.

Blicken wir zurück: Die Londoner Neunmächtekonferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 behandelte die volle Assoziation der Bundesrepublik Deutschland mit dem Westen und den deutschen Verteidigungsbeitrag. In den anschließenden Pariser Konferenzen wurde am 23. Oktober 1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA der Deutschlandvertrag geschlossen, der das Besatzungsregime beendete, das Besatzungsstatut aufhob und der Bundesrepublik die Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten verlieh. Artikel 4 des Deutschlandvertrages stellt die Stationierung alliierter Truppen in der Bundesrepublik auf eine Vertragsgrundlage. Gemäß Absatz 2 Satz 2 verblieb jedoch "in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes" ein Truppenstationierungsvorbehalt der drei Mächte, die gelegentlich zum Ausdruck brachten, daß sie hier noch einen Rest von besatzungsrechtlichen Aufenthalt sehen.

Es ist das Verdienst der Friedrich-Ebert-Stiftung, daß jüngst in Königsutter Rechtswissenschaftler, Jurist- und Verwaltungsjuristen sowie Rechtspolitiker begannen, lange verdrängte Probleme der Weitergeltung und Ausübung von Besatzungsrecht in West-Berlin aufzuarbeiten.

Der Deutschlandvertrag von 1954 hängt eng zusammen mit den gleichzeitig getroffenen Beschlüssen (1) über die Änderung des Brüsseler Pakts und die Errichtung der Westeuropäischen Union unter Einschluß der Bundesrepublik Deutschland und Italiens sowie (2) über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und die erweiterten Vollmachten und Verpflichtungen der NATO infolge der Schaffung der Westeuropäischen Union.

Kurz: Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und der deutsche Verteidigungsbeitrag für - und kontrolliert durch - die NATO waren Voraussetzungen für unsere Souveränität.

Heute gilt: Die SPD bekennt sich in ihrem Godesberger Programm zur Landesverteidigung. Sie trägt seit der großen Rede Herbert Wehners im Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960 die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis mit und hat sich 1984 in den Beschlüssen des Essener Parteitages zur Friedenspolitik erneut vor allem anderen dazu bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO eingebunden bleibt.



Unsere Souveränität bedeutet innenpolitisch, daß die freiheitlichste Verfassung, die sich Deutsche je geben, jedem Bürger unseres Landes die Menschenrechte und sowohl das Rechtsstaatsprinzip als auch das Sozialstaatsprinzip garantiert. Die Integration unserer Bundeswehr in die Gesellschaft bleibt ständige Aufgabe. Prinzipiell hat der Soldat - trotz funktional bedingter Einschränkungen - die gleichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger, insbesondere und erstmals in Deutschland das Wahlrecht. Ich halte es für wichtig, daß auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Sozialstaatsgebot nicht ausgehöhlt wird. Dabei darf die von Verteidigungsminister Wörner losgeschlagene Diskussion über einen privilegierenden Vorruhestand von Stabsoffizieren nicht den Blick dafür verstellen, daß die soziale Lage unserer Soldaten insgesamt baunruhigend geworden ist und verbessert werden muß. Diesem Zweck dient unsere Große Anfrage im Deutschen Bundestag.

Außenpolitisch verpflichtet unsere Souveränität zum Frieden. Unser Bekenntnis zur NATO dient ausschließlich diesem Zweck. Wir müssen zugleich nach Lösungen suchen, die für West und Ost im beiderseitigen wohlverstandenen Selbstinteresse liegen. Somit geht es nicht darum, die Grenzen zu verändern, sondern sie durchlässig zu machen. Lösungen müssen den Menschen über die Grenzen der Systeme hinweg helfen und ihr tägliches Leben erleichtern.

Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 ermahnt uns alle, die Aufforderung ernst zu nehmen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. In der Sicherheitspolitik stehe ich deshalb zu beiden Teilen des Harmel-Berichts der NATO von 1967: Ausreichende militärische Stärke und Bereitschaft zur Entspannung und Dialog.

Die SPD hat in der Regierungsverantwortung diese Prinzipien verwirklicht. Zwei sozialdemokratische Bundeskanzler, Willy Brandt und Helmut Schmidt, und drei sozialdemokratische Verteidigungsminister, Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel, haben die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland geprägt, erstmals die Bundeswehr auf den von Bundeskanzler Adenauer zugesagten Höchststand gebracht und zum modernen Bild unserer Streitkräfte beigetragen.

Aber die SPD hat auch das zweite Element des Harmel-Berichts, nämlich das Bemühen um Entspannung und Dialog, immer sehr ernst genommen. Das Geflecht der Verträge, das wir in der Regierungsverantwortung mit anderen Staaten geknüpft haben, hat dazu beigetragen, den Frieden in Europa und in der Welt sicherer zu machen und die militärische Lage in Mitteleuropa zu stabilisieren.

Schauen wir nach vorn: Wir dürfen und werden nicht zulassen, daß die Entspannungspolitik als aktiver Teil der gemeinsamen Bündnispolitik der NATO demontiert wird - auch nicht durch neue Militärstrategien wie FOFA, Airland Battle oder gar das SDI-Abenteuer.

Sozialdemokraten sagen: Wir Deutsche wollen Verbündete sein, das heißt Freie und Gleiche unter Gleichen - und nicht Vasallen. Nordamerika ist in seiner Entwicklung viel zu sehr von der bürgerlichen Revolution geprägt, als daß feudalistische Ordnungsvorstellungen und ein dementsprechendes "Gefolge" seiner politischen Kultur entsprechen könnten. Die devote Haltung von Bundeskanzler Kohl und sein das gesunde Selbstverständnis störende Nachvollziehen aller Regungen des derzeit globalen Unilateralismus einer US-Regierung, die ihren Zenit bereits überschritten hat, sind langfristig weder hilfreich für das deutsch-amerikanische Verhältnis noch für unsere eigene Entwicklung im Rahmen der Nordatlantischen Allianz.

Wir Sozialdemokraten wollen im Bündnis auch unsere deutschen Interessen zur Geltung bringen. Hinsichtlich der geltenden Strategie und hinsichtlich neuer strategischer Entwicklungen. Das ist nach dem Bündnis-Vertrag unser gutes Recht. Und es ist unseren Bürgern gegenüber unsere politische Pflicht.

(-/9.5.1985/va/ks)

+ + +



### Nicaragua unter verstärktem Druck

Die Leiden der Bevölkerung Nicaraguas werden durch Reagan vergrößert

Von Roland Röscheisen  
Juso-Bundessekretariat

Der wirtschaftliche Druck gegen Nicaragua spitzt sich immer mehr zu. Die jetzt von Präsident Reagan verhängte wirtschaftliche Blockade stellt nur den letzten Schritt in einer langen Reihe von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Destabilisierung Nicaraguas dar. Jetzt werden alle direkten wirtschaftlichen Kontakte zu Nicaragua unterbunden. Die Fluggesellschaft Nicaraguas, Aeronica, die jährlich über 40.000 nordamerikanische Staatsbürger via Miami nach Nicaragua beförderte, darf die USA nicht mehr anfliegen. Fleisch, eines der Hauptexportgüter Nicaraguas, kann nicht mehr in die USA exportiert werden. Das gleiche Problem ergibt sich auch für eine ganze Reihe von Produkten: für Meeresfrüchte, Bananen, Teile der Baumwollproduktion, Zucker, Tabak und so weiter.

Dies wird sich negativ auf die nicaraguanischen Exporterlöse auswirken, die sich im wertmäßigen Volumen durch den Verfall der Weltmarktpreise in den letzten Jahren weiter verringert haben.

Ein noch größeres Problem für die nicaraguanische Wirtschaft dürfte der verhängte Importstopp für Waren aus den USA sein. Nach wie vor ist ein großer Teil der Wirtschaft, vor allem der Privatwirtschaft, auf US-Technologie ausgerichtet. Ein Stopp der Lieferung von Maschinen, Rohstoffen und vor allem von Ersatzteilen dürfte verheerende Auswirkungen für den Produktionssektor mit sich bringen. Selbst wenn es gelingen sollte, die alternotwendigsten Produkte über Schieber beziehungsweise über andere Länder zu besorgen, führt dies zu immensen Kostensteigerungen und belastet zusätzlich die ohnehin äußerst knappen Devisenreserven.

Die heutige wirtschaftliche Situation in Nicaragua ist verheerend. Bedingt durch die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den US-finanzierten Söldnern müssen in diesem Jahr 40 Prozent des Staatshaushaltes für die Verteidigung ausgegeben werden. Zum Vergleich: 1980 beliefen sich die Verteidigungsausgaben auf circa sieben Prozent! Dies führt dazu, daß für den sozialen Bereich, für Investitionsprogramme oder andere Entwicklungsprojekte wesentlich weniger Mittel zur Verfügung stehen.

In Nicaragua herrschte nach der Kongreßabstimmung über die Nichtbewilligung von 14 Millionen US-Dollar zur direkten Unterstützung der Contras zunächst große Erleichterung über das Scheitern Reagans. Man ging dort zunächst davon aus, daß die Unterstützung der Contras über private Kanäle weiterlaufen würde. Überraschend kam dann die Nachricht über die Verhängung des totalen Wirtschaftsboykotts in Nicaragua an. Die Nachricht selbst wurde nicht etwa von den USA aus verkündet, sondern vom "White House", Bonn.

Welche Schwierigkeiten diese Entscheidung konkret in Nicaragua mit sich bringt zeigt sich am Beispiel des Textilbetriebes ENAVES. Der Betrieb produziert zum Beispiel Jeans für den Export in die USA. Zudem finden im Moment Gespräche über weitere Exportaufträge in die USA statt. Nach den Plänen der Firma sollten nun auch Unterwäsche und Pyjamas exportiert werden. Folge des Boykotts: Der Betrieb bleibt erst mal auf seiner Produktion sitzen.

In Nicaragua wird sich das totale Handelsembargo sehr schnell zum Leidwesen der Bevölkerung in vielen Bereichen auswirken. Auch viele Teilbereiche der Wirtschaft und des täglichen Lebens werden betroffen. Spezielle Schmierstoffe wurden bislang von den USA bezogen, die Maschinen zum Beispiel zum Einbringen der Baumwollernte stammen aus den USA, aber auch bestimmte Arzneimittel werden von dort importiert.

Im folgenden sollen kurz die Maßnahmen der Reagan-Administration vor der Verhängung des totalen Handelsembargos dargestellt werden.



- Stufe 1:** Kurz nach seinem Amtsantritt ließ Reagan die letzte Rate eines Kredits streichen, den sein Vorgänger Carter bewilligt hatte. Ausfall: 15 Millionen US-Dollar. Gleich anschließend ließ Reagan einen zugesagten Kredit für US-Weizenlieferungen in Höhe von zehn Millionen US-Dollar streichen.
- Stufe 2:** Die Reagan-Administration verhinderte die Gewährung von Krediten internationaler Kreditinstitutionen für Nicaragua.
- Stufe 3:** Die Contras, in deren Leitungsstrukturen nach wie vor die Schergen von Somoza dominieren, werden von den USA ausgebildet und finanziert

Der US-Geheimdienst beteiligt sich massiv daran und ist auch bei der Zerstörung der Öltanks im Hafen Corinto und an der Verminung der nicaraguanischen Häfen beteiligt. Die ökonomischen Folgen dieser Maßnahmen sind enorm. In Corinto verbrannten große Mengen an teuren mit Devisen bezahlten Ölvorräten. Die Verminung führte zu enormen Transportproblemen und Exportverlusten. Es ist den Verantwortlichen der Reagan-Administration wohl klar, daß die Aktivitäten der Contras nicht ausreichen, um die nicaraguanische Regierung zu stürzen, da die Contras nicht von der Bevölkerung getragen werden. Die Aktivitäten der Contras indes führen massiv zu einer Verstärkung der wirtschaftlichen Probleme. So kann beispielsweise in den umkämpften Gebieten im Norden die Kaffeernte nur zu etwa 50 Prozent eingebracht werden. Dies führt zu großen Devisenausfällen. Viele Ressourcen müssen von der Regierung darüber hinaus für diesen Krieg ausgegeben werden. 1985 40 Prozent des Haushalts!

Die ökonomische Zerrüttung Nicaraguas scheint das Ziel zu sein, mit der die Reagan-Administration das von ihnen gehaßte neue Nicaragua niederringen will. Darauf deuten auch die letzten beiden Maßnahmen vor der Verhängung des Boykotts hin. Im CIA-Handbuch für die Contras werden Anleitungen zu wirtschaftlicher Zerstörung und Sabotage gegeben, wird darüber hinaus zum Mord an Sandinisten oder anderen Verantwortlichen aufgerufen. In der Realität trifft das dann oft besonders Engagierte in den Nordregionen wie Ärzte, Lehrer und auch den deutschen Arzt, Tonio Pffaum.

Eine weitere Vorstufe zum Handelsboykott stellte die Reduzierung der Zuckerimporte um 90 Prozent dar. Das jetzt verhängte Embargo ist also nur ein weiteres Glied in der Kette der US-Intervention.

Ein weiteres wichtiges Problem für Nicaragua ist, daß 1985 Zinsen und Kreditrückzahlungen in größerem Umfange anstehen (Trügung der Somozaschulden), die mit Sicherheit die Höhe der Exporterlöse um das Zweifache übersteigen werden. Sollte es zu keinen Umschuldungsverhandlungen kommen, bleibt Nicaragua nur noch die völlige Anlehnung an den Ostblock, welche die Nicaraguaner nicht wollen. In dieser Situation kann nur ganz massive Hilfe von Westeuropa helfen, damit Nicaragua seinen eigenen Weg gehen kann.

Die Juso-Delegation, die in den vergangenen Wochen in Nicaragua war, konnte inzwischen auch die Maschinen für das erste Entwicklungsprojekt der Jungsozialisten offiziell übergeben. Die Jusos unterstützen in Masaya eine Fabrik zur Herstellung von Baumaterialien. Das zweite Projekt der Jusos, ebenfalls eine Fabrik zur Herstellung der dringend benötigten Baumaterialien, ist jetzt auf der Isla de Ometepe ange laufen.

Die Insel ist Sonderentwicklungszone der Regionalregierung der Zone 4. Neben der allgemeinen Knappheit an Hohlblocksteinen (zum Häuserbau) und Pflasterverbundsteinen (zum Straßenpflastern) kommt auf der Insel noch das schwierige Transportproblem hinzu. Auf dieser Insel mit etwa 27.000 Einwohnern gibt es keine einzige befestigte Straße.

Mit diesem Projekt wollen die Jusos einen weiteren Beitrag zur regionalen Entwicklung in Nicaragua leisten. Die Jungsozialisten haben inzwischen schon allein auf Bundesebene über 155.000 DM für Nicaragua gesammelt.

Spenden zur Unterstützung der Projektarbeit auf das Konto 668 BfG Bonn, BLZ 380 101 11, Juso-Bundesvorstand, Stichwort Nicaragua. Im Bundessekretariat der Jusos können auch weitere Informationen über das Projekt wie auch über Nicaragua angefordert werden, Anschrift: Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn.

(-/9.5.1985/va/ks)

+ + +

